

Stellungnahme der UWA-Fraktion zum Haushaltsplan für das Jahr 2011

am 11.04.2011

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Ostfalk,
meine Damen und Herren des Gemeinderates,
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, sehr geehrter Pressevertreter von der BKZ

wir danken unserer Finanzabteilung für den leider sehr verspätet vorgelegten Haushaltsplan. Die Umstände, die dazu geführt haben, nämlich die allgemeine Arbeitsbelastung und die personelle Situation sind uns bekannt und wir hoffen, dass die vom Gemeinderat beschlossene personelle Verstärkung zu einer spürbaren Entlastung und einem Rückgang der Altlasten führt. Wir hoffen auch, dass die laufenden Arbeiten durch diese Unterstützung zukünftig wieder schneller erledigt werden können. Hierbei muss jedoch klar sein, dass die personelle Unterstützung keine dauerhafte Maßnahme bleiben kann, da dies faktisch die Ausweitung des Stellenplanes in der Verwaltung bzw. in der Kämmerei um eine Stelle bedeutet. Vielleicht nicht zu 100 %, aber doch in erheblichem und kostenträchtigem Umfang.

In diesem Zusammenhang fragen wir uns auch, weshalb die Erhöhung der Personalausgaben von 2007 bis 2011 um sage und schreibe 40% stieg? (von 2,13 auf 2,97 Mill Euro). Alleine im neuen Haushalt ist mit einer Steigerung um 371.000 Euro zu rechnen, was einer Steigerung von 14,3 % entspricht. Nur durch die Neueinstellungen bedingt durch die Mehrbelastung im Kindergartenbereich kann diese satte Mehrausgabe wohl nicht zustande kommen. So ist z.B. auch ihre automatische Beförderung von A16 auf B2 zu erwähnen, Herr Bürgermeister. Ist dies bei einem dermaßen hohen Schuldenstand unserer Gemeinde im Augenblick zu rechtfertigen?

Antrag: Zur Überschaubarkeit der künftigen Personalausgaben wird für alle Rathausbeschäftigten eine Stellenbewertung und eine Stellenbeschreibung beantragt, die bis spätestens 30.09.2011 von der Verwaltung zu erstellen und dem Gemeinderat vorzulegen ist. In diesem Zusammenhang weise ich aber bereits heute darauf hin, dass es nicht sein kann, dass für die Erledigung dieser Aufgabe über einen längeren Zeitraum eine externe Unterstützung erforderlich wird, zumal dies die ureigenste Aufgabe des Dienstherrn bzw. der Personalverwaltung ist.

Der Stellenplan muss folgende Punkte für die Gemeinderäte nachvollziehbar sein.

- 1. Stellen- bzw. Tätigkeitsbeschreibung**
- 2. Bewertung und Eingruppierung**

Eine Stellen- bzw. Tätigkeitsbeschreibung ist für eine transparente Personalplanung und Personalentwicklung für den Gemeinderat unabdingbar, zumal dieser zu gegebenem Zeitpunkt die im Einzelfall erforderlichen und kostenintensiven Entscheidungen zu treffen hat.

Jeder hier im Gremium weiß, dass die finanzielle Situation *der* Gemeinde Auenwald alles andere als rosig ist. So werden sich nach der vorliegenden Planung die Schulden in diesem Jahr von 2,4 Mill €. auf ca. 4,82 Mill € erhöhen. Dies bedeutet eine Steigerung der pro Kopf Verschuldung von 344 € auf ca. 700 €. Und dies allein im „Allgemeinen Haushalt“.

In den Folgejahren, d.h. bis 2014, ist ein weiterer Anstieg der Schulden auf insgesamt 8,4 Mill. € vorgesehen. Hinzu kommen die Schulden aus den Zweckverbänden, so dass alsbald mit einer pro Kopfverschuldung i.H. von rund 2.000 € zu rechnen ist.

Es stellt sich nun die Frage, ob solch ein Haushalt überhaupt noch genehmigungsfähig ist?! Ich meine nein, weil eine derartige Schuldenanhäufung nicht vertretbar ist. Bei dieser Gelegenheit fällt mir das einst vorgetragene Zitat eines früheren Gemeinderates ein, der sagte: „Schulden machen erleichtert zwar vieles im Augenblick, aber mit verhängnisvollen Folgen für die Zukunft.“

Also müssen wir gegensteuern und haben dazu jetzt drei Möglichkeiten:

1. **Radikale Ausgabensenkung.** Da ein Großteil der im Haushalt veranschlagten Maßnahmen Pflichtaufgaben der Gemeinde sind, besteht hier nur in begrenztem Umfang die Möglichkeit, durch Einsparungen die Neuverschuldung zu reduzieren. Insoweit ist bedauerlich, dass die ständig von der UWA vorgebrachten Sparvorschläge keine Mehrheit im Gemeinderat fanden. Auch wenn es sich dann und wann im Verhältnis zu den Gesamtausgaben um vergleichsweise geringe Beträge handelte, muss man doch immer im Auge behalten, dass jeder Euro Einsparung im Verwaltungshaushalt die negative Zuführungsrate vermindert und eine geringere negative Zuführungsrate eine geringere Neuverschuldung bedeutet. Einsparungen im Vermögenshaushalt hätten sich direkt durch eine geringere Neuverschuldung ausgewirkt.
2. Eine Verbesserung der Haushaltssituation durch **höhere Einnahmen** scheidet weitgehend aus, weil die Einnahmen zu einem großen Anteil nicht beeinflussbar sind (z.B. der Anteil an der Einkommensteuer usw). Lediglich in wenigen Bereichen, wie z.B. Grundsteuer, Gewerbesteuer bzw. Gebühren bietet sich eine Stellschraube an. Um die finanziellen Belastungen unserer Bürgerinnen und Bürger nicht noch weiter zu erhöhen soll es nach meiner Meinung und Meinung der UWA jedoch bei der Grundsteuer und der Gewerbesteuer keine Änderungen geben. Eine weitere Einnahmequelle stellt z.B. die Veräußerungen von Grundvermögen dar. Hier konnten in den vergangenen Jahren regelmäßig nicht die erwarteten Einnahmen (z.B. aus Bauplatzverkäufen) erzielt werden. Zu überlegen wäre auch, ob man nicht grundsätzlich versuchen sollte, sich von dem einen oder anderen *bebauten* Grundstück zu trennen, welches mangels finanzieller Möglichkeiten nicht saniert bzw. renoviert werden kann und für die Gemeinde nicht von grundsätzlicher Bedeutung ist, wie z.B. die alten Rathäuser in Unterbrüden bzw. in Hohnweiler.
3. Als dritter Weg verbleibt nur der Weg über eine vorübergehende, hoffentlich **zeitlich begrenzte Neuverschuldung**. Im Hinblick auf diese Belastung appelliere ich auch an die

Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderats, in den kommenden Gemeinderatssitzungen vor einer Entscheidung jeweils gründlich zu hinterfragen, ob es sich um Maßnahmen handelt, die derzeit wirklich notwendig sind. Es wird Zeit, dass wir das Notwendige vom Wünschenswerten trennen. Wir sollten auch an die nachfolgenden Generationen denken, denen wir nicht nur die schönen Dinge hinterlassen, sondern auch den dazugehörenden Schuldenberg. Steigende Schuldenberge bedrohen den finanzpolitischen Handlungsspielraum der Zukunft und künftiger Generationen. Die für manch einen fragliche Tatsache, dass die Wirtschaft wieder Fuß gefasst hat und die Steuereinnahmen wieder sprudeln, sollte uns nicht dazu verführen, wieder unüberlegt Maßnahmen ins Auge zu fassen, die nicht zwingend notwendig und zweckmässig sind.

Finanzpolitik, so ein Zitat von Manfred Rommel, ist die Auseinandersetzung zwischen jenen Leuten, die einen Euro haben und zwei ausgeben wollen, und jenen anderen, die wissen, dass das nicht geht.

Die Gesamt-Verschuldung, d.h. Allgemeiner Haushalt, Wirtschaftsplan der Wasserversorgung incl. der Zweckverbände steigt mit hoher Wahrscheinlichkeit dieses Jahr von 650 € auf sage und schreibe ca. 1.200 € an! Wann kommt endlich der Aufschrei von den KollegInnen der BWA-Fraktion, die die Verschuldungsgrenze einmal auf 750 € begrenzen wollten? Frau Rückert, Ihre sanften Worte hören und hörten wir immer wieder, nur die dazu erforderlichen Taten bzw. Abstimmungen waren ganz anderer bzw. gegenteiliger Natur. Man kann nicht immer nur schön reden, man muss zumindest gelegentlich auch mal entsprechend abstimmen um nicht total unglaublich zu werden.

Soviel zur allgemeinen Finanzwirtschaft. Nun noch ein paar Punkte zu sonstigen Angelegenheiten, die in Anbetracht der Redezeit nur gekürzt dargestellt werden können.

Beim Fortgang des geplanten Seniorenprojektes in Unterbrüden stellen sich nach meiner Kenntnis keinerlei Fortschritte ein. Also bleibt die Maßnahme für den Investor blockiert, bis dieser bei Gelegenheit einen weiteren Schritt unternimmt. Dies kann so nicht sein, weshalb der Gemeinderat eine weitergehende Entscheidung wie folgt treffen sollte:

Anträge: (Prüfung ob haushaltsrelevant – bzw. auf Sperrvermerk)

- 1. Die Verwaltung prüft bis 31.05.2011, ob für das geplante seniorenbetreute Wohnprojekt ein Ausstieg mit der beteiligten Baufirma möglich ist und gibt das Ergebnis dem Gemeinderat zur Kenntnis. Grund: durch die zZt. nicht vermarktungsfähigen Wohnungen steigt der Verlust tagtäglich an. Durch den Ausstieg und den möglichen Verkauf an einen Investor könnten günstigere, ebenfalls altengerechte Wohnungen entstehen, allerdings ohne Gemeinschaftsräume mit Gemeindebeteiligung. Die Bauplatzkosten werden selbstverständlich dem evtl. neuen Investor berechnet.**
- 2. Die alten Rathäuser in Hohnweiler und Unterbrüden werden verkauft. Eine Sanierung, die für beide Häuser dringend notwendig wären, kann somit eingespart werden (Größenordnung ca. 300.000 Euro). Auch die Folgekosten (Heizung, ..etc.) können eingespart werden.**
- 3. Die Verwaltung unternimmt endlich Anstrengungen hinsichtlich des erworbenen Grundstücks in Däfern, einen Teilbereich abzutrennen und weiter zu veräußern. Nur mit dieser Bedingung wurde von UWA Seite das Einverständnis für den Kauf der Scheune gegeben. Dem Gemeinderat sind hier bis spätestens 31.5.2011 konkrete Vorschläge zu unterbreiten.**

Bei jeder Haushaltsposition muss hinterfragt werden, ob sie auch den Ansprüchen an die Zukunft gerecht wird. Es reicht nicht, darauf zu vertrauen, dass die Steuereinnahmen wieder steigen werden und der Haushalt hierdurch entlastet werden wird. Wir müssen versuchen, die Zukunft unserer Gemeinde auch in finanzieller Hinsicht aktiv so zu gestalten, dass eben gerade auch ein Gestaltungsspielraum verbleibt. Zu hohe Schulden engen diesen Spielraum ein und das kann nicht unser Ziel sein.

Was lernen wir aus der Schlichtungsrunde zu Stuttgart 21? Hier wurde deutlich aufgezeigt, dass ein Projekt von Anfang an mit Mängeln geplant ist. Der Stresstest wird es zeigen, ob der Verkehrsablauf bzw. die Sicherheitsauflagen auch im Detail funktionieren.

Auch in Auenwald hätten solche „Stresstests“ für verschiedene Prestigebauten durchgeführt werden sollen. So wäre zB beim zwar schönen und mit einem Preis ausgezeichneten Bauhof bzw. Feuerwehrgerätehaus sofort aufgezeigt worden, dass

1. der Standort falsch gewählt wurde und ein reiner Zweckbau möglich gewesen wäre (z.B. im damals neu entstehenden Gewerbegebiet Mittelbrüden).
2. die Raumplanung. Es ist leider ein Unding, wenn zB der Unimog mit Winterausrüstung zwei Garagen benutzen muss. Auch ist der Bauhof nach nunmehr ca. 15 Jahren zu klein und man überlegt sich eine Zusatzhalle zu bauen! Ohne die UWA, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Hier hat die Bauverwaltung und das Architektenbüro

schlichtweg geschlafen. Zur Abhilfe der Raumnot des Bauhofes hat die UWA folgenden Vorschlag unterbreitet und dieser wird auch schon umgesetzt: Eine Gasse des Feuerwehrgerätehauses wird durch Bauhoffahrzeuge genutzt.

Antrag: Es ist zu prüfen, ob eine weitere Gasse durch den Bauhof belegt werden kann und somit eine zusätzliche Garage für über 100.000 € überflüssig wird.

3. die Kosten für den Bauhof bzw. Feuerwehrgerätehaus waren durch ihre architektonische Ausführung den Finanzen der Gemeinde schon zum damaligen Zeitpunkt nicht angepasst und tragen nicht unwesentlich zu unserer erheblichen Gesamtverschuldung bei. Hierauf hat die UWA immer aufmerksam gemacht, aber unsere mahnenden Worte wurden nie erhört

Deshalb unser allgemeiner Antrag: für alle neu entstehenden Hoch- und Tiefbauten ist in einem „sogenannten“ Stresstest die Wirtschaftlichkeit und Finanzierbarkeit, die Folgekosten und die Durchführbarkeit genauestens unter die Lupe zu nehmen.

Erweiterung Gewerbegebiet Mittelbrüden nach Westen

Mit der Ausweisung der 4 Gewerbeplätze vor wenigen Wochen ist für die UWA die Grenze der Belastbarkeit erreicht. In Anbetracht der Tatsache, daß momentan weltweit der Verbrauch an Lebensmitteln um 2% steigt, die Produktion aber nur um 1% wächst, wäre es unverantwortlich unseren Nachkommen gegenüber, weitere Flächen bestes Ackerland zu versiegeln. Eine Ausweitung von Gewerbefläche nach Westen ist für die UWA ausgeschlossen.

Antrag: der Gemeinderat sucht nach möglichem Flächenersatz und beschließt eine Änderung des Flächennutzungsplanes. Auch nach einer interkommunale Lösung sollte bei der Ausweisung von Gewerbeflächen zukünftig ins Auge gefasst werden.

Bildungszentrum Weissacher, Neubau BIZE-West

Nach langer Diskussion im Zweckverband, bei der insbesondere Bedenken über die Notwendigkeit eines Neubaus als Ersatz für den Pavillon II laut wurden, weil die Schülerzahlen bis 2020 kontinuierlich zurückgehen. Unsere Zustimmung wurde deshalb **auch** mit der Bedingung verknüpft, dass der **Ganztagsbetrieb** weiter ausgebaut wird, um die dann - ab etwa 2015 - überzähligen Klassenräume dafür benutzt werden. Die derzeitigen unzumutbaren Unterrichtszustände durch viele Wanderklassen werden nun ab dem neuen Schuljahr zu Ende sein, da der Neubau gut im Zeitplan liegt und nach den Sommerferien fertig sein wird.

Die Bedingung, die wir an einen Neubau knüpften, wurde ebenfalls erfüllt, denn zwischenzeitlich wurde auf unseren Antrag hin ein **Ausschuss „Ganztagsbetrieb“** ins

Leben gerufen und im Februar diesen Jahres fand die erste Sitzung dieses Beratungsgremiums mit den Schulleitungen, Eltern- und SMV -Vertretern statt. Wir hoffen, dass die Arbeit dieses Gremiums bald sichtbare Ergebnisse bringt.

Antrag: Die Verwaltung wird gebeten, über den Stand dieser Beratungen (Ergebnisse) die Öffentlichkeit zu informieren.

Essensbeteiligung im BIZE

Was ist daraus geworden? Um die Essensbeteiligung zu erhöhen, hatte sich unser Verbandsvertreter auch für den Verwaltungsvorschlag eingesetzt, einen bargeldlosen Zahlungsverkehr zur automatischen Ausgabe von Essensmarken. Seit Schuljahresbeginn ist dies durch die Beschaffung mehrerer Automaten realisiert (18.000.-€ Kosten). Leider wurde dadurch die Essensbeteiligung nicht erhöht, da viele Eltern der **elektronischen Essenskarte** mit Abbuchungsverfahren noch immer misstrauisch gegenüberstehen.

Antrag: Wir sollten hier die Verbandsverwaltung durch entsprechende Aufklärung der Eltern über das Gemeindeblatt und auch durch persönliche Gespräche nachhaltig unterstützen.

Geländeabsenkungen beim BIZE-Südwestbereich

Seit geraumer Zeit konnte man an der Süd-/Südwestseite des Bildungszentrums erhebliche Verwerfungen und Risse an den dortigen Fußwegen feststellen. An mehreren Baumstandorten sind zudem sichtbare Absenkungen erfolgt. Der Fußweg bricht seitwärts ständig ab und musste schon mehrmals auf einer großen Länge ausgebessert bzw. erneuert werden. Allein in diesem Jahr wird der Haushalt des Schulzweckverbandes dafür mit **15.000.- bis 20.000.- €** belastet.

In nächster Nähe befindet sich ein kleines Biotop-Wäldchen und in dessen Mitte ein **Tiefbrunnen** der Gemeinde Weissach im Tal. Deshalb baten wir in einer **schriftlichen Anfrage** die Verbandsverwaltung um eine gutachterliche Stellungnahme über die möglichen Ursachen dieser Senkungen, insbesondere die denkbare Verursachung durch den Tiefbrunnen, der 3 Sekundenliter Trinkwasser fördert. Inzwischen ist eine Stellungnahme erfolgt in der durch das Ingenieurbüro Frank gestützt auf ein hydrogeologisches Gutachten eine **ursächliche Beteiligung**, neben anderen denkbaren Ursachen, durch die Wasserförderung im Tiefbrunnen **nicht ausgeschlossen** wird. Die Verbandsverwaltung hat uns zugesagt, dass nach Abschluss der diesjährigen Sanierungsarbeiten das Gelände genauestens beobachtet wird und dass bei erneuten Absenkungen weitere Schritte zur Ursachenabklärung und Ursachenbehebung unternommen werden. Wir werden diese Angelegenheit weiter kritisch begleiten.

Antrag: Die Verwaltung wird gebeten, sich um das Problem der sichtbaren Absenkungen gemeinsam mit den Bürgermeistern der anderen Zweckverbandsgemeinden zu kümmern und baldmöglichst in den 3 Gemeinderäten zu berichten. Allein in diesem Jahr wird der Haushalt des Schulzweckverbandes

dafür mit 15.000.- bis 20.000.- € belastet. Eine mögliche Ursache laut einer von uns verfassten schriftlichen Anfrage um eine gutachterliche Stellungnahme (hydrogeologisches Gutachten) lautet: „eine ursächliche Beteiligung, neben anderen denkbaren Ursachen, kann durch die Wasserförderung des nahe liegenden Tiefbrunnen nicht ausgeschlossen werden.“

Offene Jugendarbeit

In unseren jüngst abgeschlossenen Arbeiten zum Gemeindeentwicklungsplan, wurde in den Schlussempfehlungen ein weiterer Ausbau der offenen Jugendarbeit für alle drei Hauptortsteile empfohlen. Wir unterstützen deshalb den Beschluss des GR, quasi im Leasingverfahren eine personelle Unterstützung durch eine **qualifizierte Kraft** über den Kreisjugendring zu erhalten und zunächst in der Nähe der **Gemeindehalle in Unterbrüden** mit dieser wichtigen, weil gewaltreduzierenden und sozial eminent förderlichen Jugendarbeit in diesem Jahr zu beginnen. Die Kosten dafür sind gering und das Risiko begrenzt.

Antrag: Wir stellen deshalb den Antrag, dass der Jugendausschuss des Gemeinderates so bald wie möglich einberufen wird, um das Konzept auch für die anderen großen Ortsteile weiter zu entwickeln.

Pflegebegleitung

Als Frau Konys vor einigen Wochen als Vertreterin des Arbeitskreises Soziales ihre Vorstellungen einer Pflegebegleitung in unserer Gemeinde vortrug, konnten wir uns nicht vorstellen, welch hohe Wellen dieses, was den finanziellen Aufwand anbelangt, äußerst bescheidene Projekt im Rahmen des Gemeindeentwicklungskonzepts schlagen würde. Mit einem Kostenaufwand von ca. 500 € pro Jahr, angelehnt an Erfahrungen in Althütte, wo dieser Stützpunkt ohne Probleme installiert wurde, sollen Mitbürger in ihrer ersten Hilflosigkeit nach einem Krankheitsfall zur Seite gestanden und beraten werden, z.B. wo Hilfsdienste oder Pflegeplätze angeboten werden, wer für die Pflegestufe zuständig ist usw. Es soll keine derartige Beratung stattfinden, die ständige aufwändige Fortbildungsmaßnahmen erfordern würde. Für uns völlig unverständlich ist die Tatsache, dass dieser Ansatz von der BWA nicht verstanden wurde oder vielleicht auch nicht verstanden werden wollte. Frau Rückert, Ihr Ausspruch: "Es ist zwar gut gemeint, aber es ist nicht gut!" muß nicht unbedingt als Ausdruck großen Sachverstands gewertet werden.

Antrag: Wir beantragen, nach Vorgaben des Gemeindeentwicklungskonzeptes, die Bereitstellung von 500 € pro Jahr für die Installation einer Vor-Ort-Pflegebegleitung.

Hochwasserzweckverband Weissacher Tal

Das jüngste Hochwasserereignis hat deutlich gemacht, wie gewaltig sich bedingt durch den andeutenden Klimawandel die Starkregenereignisse auswirken. Rückblende: die UWA stellte 1996 einen Antrag, einen Hochwasserzweckverband mit den Talgemeinden zu gründen. Dieser Antrag wurde vom damaligen Verwaltungschef als unnötiger „Aktionismus“ abgestraft. Erst, als 1998 das Rathaus in Unterbrüden absoff, wurde schnellstens im Jahre 2000 der jetzt „notwendige Zweckverband“ gegründet.

Zuerst sollten die Oberläufe der Bäche hochwassertechnisch umgesetzt werden. Leider lief auf Auenwalder Seite nicht viel, sodass quasi das letzte zu entstehende Becken vor Unterweissach als 1. zum Zuge kann. Das Resultat im Januar war deutlich: die Kapazität des Auffangbeckens ist viel zu klein und erzielt seine Schutzfunktion nur, wenn die zwei Oberbrüdenener Becken realisiert werden. Dieses schleppt sich nun seit über 10 Jahren dahin, immer noch sind Details nicht geklärt.

Apropo Stresstest: hier zeigte der Vertreter der UWA die Krallen, denn das ursprünglich geplante Becken stand auf einem eindeutig Dolinen vorbelasteten Standort. Durch die Hartnäckigkeit des UWA Vertreters konnten die Fachbehörden von einer 60 Meter Verschiebung des Dammbereiches überzeugt werden. Auch die Kosten durch die nunmehr nicht notwendige Verlegung der Straße zum Heslachhof konnten bedeutend gesenkt werden. **Dies war quasi der 1. erfolgreiche „Stresstest“ in Auenwald!**

Leider müssen wir feststellen, dass die BWA Vertreter in diesem zunehmend wichtigen Zweckverband sehr passiv vertreten sind und keinerlei Beiträge für eine rasche Umsetzung der Hochwasserschutzmaßnahmen beisteuern.

Antrag: es ist im Gemeinderat über eine personelle Umbesetzung im Zweckverband zu entscheiden. Gleichwohl beantragen wir, dass sämtliche Fraktionen in Zukunft die Sitzungsvorlagen zu den Zwecksverbandssitzungen erhalten sollen.

Anmerkung zum Hochwasserschutz: seit nunmehr 6 Jahren liegt eine eingefallene Mauer (siehe Foto) im Bachbeet des Heslachbaches unterhalb des Heslachhofer Dorfwehres.

Sieht so eine gewissenhafte Umsetzung von Hochwasserschutzmaßnahmen aus Herr Bürgermeister? Wohl kaum!

Antrag: Wir beantragen zum wiederholten Mal, dass dieser Schandfleck schnellstens beseitigt wird!



Eingefallene Stützmauer im Heslachbach (2005), Foto Frühjahr 2011

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dieser Haushalt kann wie 2010 nur durch eine gewaltige Neukreditaufnahme und eine negative Zuführungsrate ausgeglichen werden kann.

Für uns stellt der Haushaltsplan eine Nichteinhaltung nach unserem vorgegebenen Nachhaltigkeitsprinzip dar und beinhaltet keinerlei Perspektiven für eine Begrenzung des Schuldenstandes. Eine Belastung für nachfolgende Generationen ist somit unausweichlich.

Wir freuen uns, dass sich viele UWA-Themen im entstandenen Gemeindeentwicklungskonzept wiederfinden und bedanken uns bei den mitwirkenden Mitbürgerinnen und Mitbürger für Ihr tolles Engagement zum Wohle der Gemeinde.

Die UWA kann diesem Zahlenwerk und die damit verbunden Auswirkungen auf den Schuldenstand nicht mittragen, sofern unsere haushaltsrelevanten Anträge nicht durch das Gremium angenommen werden.

Hierzu beantragen wir vor der Verabschiedung des Haushaltes eine Sitzungsunterbrechung und eine interne Aussprache in den Fraktionen bzw. der Fraktionssprecher.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit

Gerhard Seiter – Fraktionssprecher